

**Ersteinst täglich**  
ausgegeben mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

**Druckpreis**  
monatlich 60 Pf., frei im Postamt,  
wobei die Postverrichtung für  
1,00 Mark zum Besten gilt.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsbeilage),  
monatlich 10 Pfennig.

**Schriftleitung:**  
Herr 40/48, Bernsdorfer 688  
Sprechstunde: nachmittags von  
2-4 Uhr mittags.

# Die Neue Welt

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld,  
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

**Anzeigengebühr**  
betragt für die 6 gepaltene  
Kolonnenzeile ab dem Raum  
20 Pf., für ansonsten  
30 Pf., Anzeigen unter  
dem Textual bis Seite 70 Pf.

**Anzeigen**  
für die 6 gepaltene  
Kolonnenzeile bis zur  
mittags 5 Uhr in der  
Sonderdruckerei ansetzen.

**Hauptschäftsstelle:**  
Herr 40/48, Bernsdorfer 688  
Sprechstunde: nachmittags von  
2-4 Uhr mittags.

### Soziale Reaktion.

#### Koalitionsfreiheit vor 50 Jahren und heute!

Als sich vor kurzem die sozialdemokratischen Arbeiterkräfte Deutschlands des Tages erinnerte, an dem vor fünfzig Jahren der Allgemeine deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, dachte sich die Partei gleichzeitig mit dem Gedanken an einen fünfzigjährigen Kampf auf sozialem Gebiete verbinden können. Denn in seinem „Offenen Antwortschreiben“ wies Lassalle dem Proletariat nicht nur den Weg selbständiger politischer Organisation; er bedeutete der indifferenten oder bestenfalls im Schlepptau des bürgerlichen Liberalismus festgehaltenen Masse gleichfalls in seiner Weise, welche Kämpfe sie auf sozialem Gebiete zu ihrer Befreiung zu führen habe. Dabei fällt denn auch, daß Lassalle die Ansicht vertrat, es sei Aufgabe des Staates, die große Sache der freien individuellen Koalition des Arbeitervolkes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen, was es zu seiner heiligen Pflicht zu machen, ihm die Mittel und Möglichkeit zu dieser feiner Selbsterlösung und Selbstbefreiung zu bieten.“ Lassalle war viel zu sehr Realpolitiker und Mann der Gegenwart, als daß er für nebelartige Zukunftsfiktionen ein Luftschloß aufzubauen der Mühe wert geschaut hätte. Auch mußte er gewiß, daß aus seinen unerbittlichen Unterredungen mit Bismarck allein keine Schlüsse von weittragender Bedeutung zu ziehen waren; vielmehr muß ganz allgemein die damalige Situation der staatlichen Förderung des Organisationsgedankens günstig gewesen sein.

An der Tat liegt denn auch ein Bild auf die Stellung der preussischen Regierung vor 50 Jahren, daß diese der Arbeiterkoalition verhältnismäßig freundlich war und daß die Staatseinstellung zu dieser Stellung nicht allein in der demagogischen Rücksicht, die insbesondere bürgerlichen Schichten durch die proletarische Kanaille in Schach zu halten, gekommen sein konnten. Wohl erklärte sich die Regierung im belagerten Jahre 1863 noch ausdrücklich gegen die Befestigung des Koalitionsverbots, das die vom Abgeordnetenhaus eingesetzte Kommission für Handel und Gewerbe vorgelegt hatte; und zwar drückte sie zugunsten ihres Sträubens das Argument vor, daß die arbeitenden Massen selbst die Aufhebung des Verbots noch gar nicht begehrt hätten. Diesen Einwand strafen die Arbeiter auf fortschrittliche Anregung hin zwar bald lägen, aber ein Kern von Wahrheit lag doch in ihm. Denn es herrschte zu jener Zeit auf sozialpolitischem Gebiete in der Tat Zustände, die mit den heutigen, die ganze Kulturwelt erschütternden Kämpfen verglichen, fast paradiesischer Natur waren. In seinem niederdrückenden Stand war der Arbeiter gar nicht der Bekannte gekommen, daß er die Pflicht habe, an seinen Fesseln zu rütteln. Die Regierung nahm, getrieben u. a. durch das von anderen deutschen und nichtdeutschen Staaten gegebene Beispiel, eine Koalitionsstatistik auf, die denn 1865 veröffentlicht wurde. Die Angaben darin gingen bis auf das Jahr 1845 zurück und brachten die auffallende Tatsache ans Licht, daß im altpreussischen Gebiete ungeachtet aller wirtschaftlichen Drucks im Laufe zweier Jahrzehnte alles in allem nur in 51 Fällen sich Arbeitergruppen gegen das Koalitionsverbot vergangen hatten. Es kamen Jahre vor, wo überhaupt kein derartiger Fall zu verzeichnen war, andere Jahre, wo auch das Jahr 1860, brachten ein einziges derartiges Vergehen. Im besonderen betraf der Bericht, den der Handelsminister dem Abgeordnetenhaus einreichte, in dieser Angelegenheit vorlegte. Es haben im ganzen nicht mehr als 26 Fälle konstatiert werden können, in welchen eine Verletzung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung (von 1845, die das Koalitionsverbot enthielt) stattgefunden hat. Von den Fällen, in welchen es nicht dazu gekommen ist, werden nur die einigermaßen wichtigeren in einer Gesamtzahl von 29 mitgeteilt. Fast die Hälfte aller Arbeitseinstellungen und der Verläufe dazu (23) trifft auf Handwerker. Von den ersten Jahren waren nur etwa fünf durch die größere Zahl der Teilnehmer (einige hundert, soweit Angaben vorliegen) von Bedeutung.“ Die Wechselt wird im Bericht selbst als unerheblich bezeichnet. Die längste Dauer einer Arbeitseinstellung betrug zehn Tage.

An der Darstellung dieser Tatsachen fällt schon die milde Beurteilung auf, die ihnen anfangs zuteil wurde. In amtlichen Berichten, die sich auf die Jahre 1865 bis 1870 beziehen, wird die Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung als Vergehen angesehen, das nur in geringen Fällen strafbar ist. In zwei Fällen, wo geringe Freiheitsstrafen gegen eine größere Zahl von Teilnehmern erkannt worden waren, sind auch diese durch Allerhöchste Gnade erlassen worden. Die Milde der verhängten Strafen gestattet den Schluß, daß die Richter fast ohne Ausnahme das Vorhandensein milderer Umstände anerkannt haben.“ Mit derartigen Nachsicht, wie gesagt, behandelten vor einem halben Jahrhundert preussische Richter nicht etwa Duellanten oder stürende Räuber, sondern wirkliche,

leibhaftige Arbeiter, und das unter Billigung der Regierung. Diese Regierung mußte ihrer Arbeiterfreundlichkeit überhaupt kein Maß zu setzen; sie batte ein Einsehen, selbst wo Arbeiter gegen Streikbrecher zu Tätlichkeiten schritten. Denn, so meldet der Handelsminister weiter, „nur in zwei Fällen kam es zu tumultuariösen Ausbrüchen und nur einmal zu Drohungen oder Mißhandlungen seitens der Koalitionen, auch dies aber in verhältnismäßig harmlosen Formen.“ Im letzten Jahre hätten die zahlreichen Verläufe zu Koalitionen und die wirtschaftlichen Arbeitseinstellungen in Preußen, mit Ausnahme eines Falles, nirgends zu einem gerichtlichen Einschreiten geführt, sondern durch gütliche Schlichtung gemeinschaftlich mit Hilfe der Polizei und Kommunalbehörden ihren Abschluß gefunden. Ueberhaupt die Polizei damals, die heute hinter jedem sich im Rahmen des Gesetzes herabgebenden Streifenpöbel her, als ob es sich um einen angebenden Raubmörder handelte. Als die Frage des Koalitionsrechts 1864 im Herrenhaus erörtert wurde, erzählte der Magdeburger Oberbürgermeister Hasselbach: „Die Sache wird bei uns so patriarchalisch gehandhabt, daß, wenn Arbeiter eine Lohnerböhung erreichen wollen, und den Fabrikanten Deputationen in schicken, sogar zu einer Zeit, wo die Einstellung der Arbeit am allerempfindlichsten für den Fabrikanten ist, daß dann öfters sogar die Arbeiter behörden die Vermittler machen und Arrangements herbeiführen, falls Bestrafungen herbeizuführen.“

Wenn aber schon einmal Anklage erhoben wurde, dann hatten, wie noch einmal bemerkt sei, die Richter ein Einsehen. Zur Verneiner einer richterlichen Verurteilung hatten 1864 die Radmacher in Gurg ein Urteil im Wert gefasst, der zwar von dem Staatsanwalt der Verurteilung begleitet war, aber dennoch kaum irgendwelchen Erfolg hatte. Als nun 278 Streikende vor Gericht standen, um sich gegen Verletzung des Koalitionsverbots zu verantworten, bereiteten die Richter ihnen allen durch kostenloser Freisprechung eine glänzende Genugung. Wird es, wo derartige Fälle vor, noch wundernehmen, wenn der Handelsminister am Schluß der erwähnten Denkschrift die lehrreiche Meinung laut vertritt, daß das Koalitionsverbot die Koalitionen eher befördert als verflüchtigt habe? War nicht schon angesichts der schonverwendeten Tatsache, daß 1906 nicht weniger als 1096 Verurteilungen auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erfolgt sind, die Ingeheuerlichkeit, daß ein preussischer Minister heute ähnliches von dieser Gesetzesbestimmung behaupten würde!

Wie alles Schöne auf Erden, so nahm, wie zur Veranschaulichung unserer Koalitionsfrage bemerkt sei, auch der Zustand paradiesischer Friedens in Preußen ein Ende. Aus Gründen, die nicht minder im Interesse der Bourgeoisie wie des Proletariats lagen, mußte diesem das Koalitionsrecht gemächt werden. Einige Jahre gingen jedoch über alle Veranlassungen hinweg, und als dann die neue Gewerbeordnung 1869 geschaffen wurde, geschah dies nicht durch den preussischen Landtag, sondern durch den norddeutschen Reichstag. Auch war das Gesetz eine Halbheit und vom Widerstand gegen die amtlich gelobte Arbeiterschaft insoweit getragen, als es mit den Strafbestimmungen des § 153 befaßt war und der Landarbeiterschaft überhaupt das Streikrecht verweigerte. Doch die gewerblichen Arbeiter machten von dem Recht so gut es ging Gebrauch und mußten nun bald genug erleben, daß dieselbe Regierung, die ihnen 1868 auf Tatsachen gestützt alle möglichen Zugenden attestiert hatte, nunmehr im Verein mit dem nachgeborenen Reichstag die Unterwerfung des Reiches unter die Reichsgerichtsbarkeit durch den Reichstag führte. Nach Jahre nach Erlass der Gewerbeordnung unterhandelte das Sozialistengesetz auf zwölf Jahre hinaus das Koalitionsrecht, und dann kamen 1891 und 1890 die Versuche, dieses Recht durch Androhung schwerer Gefängnis- und Zuchthausstrafen wirkungslos, ja zu einer Gefahr für die Arbeiterschaft zu machen. So hat aber schon die bestehenden Strafbestimmungen das Proletariat im Laufe der Jahrzehnte getroffen haben und noch treffen, die Arbeiterbewegung selbst konnte durch sie nicht zurückgehalten werden. Sie entwickelte sich, sie erstarrte in unangenehmen Kämpfen. Sie übte heute bereits eine solche Macht im öffentlichen Leben aus, daß selbst die obersten Minister im Innern seines Reiches sich nicht von der Verantwortung lösen können, die Arbeiterbewegung überlegt ist, die Öffentlichkeit gegen die Arbeitervertreter gegenüber verteidigen muß. War es ebendies die grenzenlose Ohnmacht der Arbeiterschaft, die einem preussischen Staatslenker das Wort von der Auslosigkeit der Gewaltmaßnahmen ritterlich ließ, so wird offensichtlich bald die Einsicht von der unüberwindlichen Kraft der modernen Arbeiterbewegung auch in die härtesten Polizeischädel eingemäht werden!

### Die Hoffnung auf Frieden.

Aus Bulgareff wird mitgeteilt, daß in den Kreisen der dort eingetroffenen bulgarischen Delegierten die Auffassung verbreitet ist, alles für eine möglichst baldige Verhandlung der Verhandlungen in Bulgareff zu tun, deren Ergebnis nach der Meinung in Sofia der Generalkonferenz Europas bedarf, um rechtsträftig zu werden. Optimistische Vermutungen gehen dahin, daß die Unterhandlungen in Bulgareff zwei Wochen in Anspruch nehmen werden. Die Presse begrüßt die in Bulgareff eingetroffenen bulgarischen Delegierten. Mit dem Ergebnis

der ersten Zusammenkunft des bulgarischen Delegierten Konvents mit dem rumänischen Minister des Innern Late Sonescu ist die bulgarischen Vertreter in hohem Maße zufrieden, so daß schon jetzt erhofft wird, daß Bulgarien auf der Konferenz bei Rumänien Unterstützung finden wird.

#### Der Krieg geht weiter.

Sofia, 28. Juli. Angreifend neuer Angriff der Gegner auf dem Balkan wütet der Kampf seit zwei Tagen auf der ganzen Linie. Bei Masina wurden die Serben von der Weg nach Warina herrschenden Höhenfestung Sutoma (Sutoma) vertrieben. Die Griechen eine unternommen mit bedeutenden Kräften einen Angriff gegen den linken Flügel der Bulgaren, wurden aber durch einen Gegenangriff gestoppt, den Rückzug anzutreten, wobei sie zwei Gefährde und ein Maschinengewehr zurückließen.

#### Türkische Hoffnungen und Befürchtungen.

Konstantinopel, 28. Juli. Die Flotte trägt sich, wie der Frank. Zig. aus Konstantinopel berichtet wird, mit der bestimmten Hoffnung, daß in der Frage des Rückzuges der türkischen Armee nach die Linie Enos-Adria die Einigkeit der Großmächte zu wünschen übrig lassen werde, zu misshellen aber, daß bei Dittschiff der gegen die Türkei zu ergreifenden Zwangsmaßnahmen eine Einigung nicht zu erzielen sein werde. Sie wird in dieser Annahme bekräftigt durch Verträge ihrer diplomatischen Vertreter, wonach England und auch andere Mächte gegen eine Intervention, wie auch gegen einen etwaigen russischen Einmarsch in Armenien sind. Dazu halten es die Vorteile nicht für ausgeschlossen, daß, wenn alle Verträge erfüllt werden, um die türkische Armee aus der Balkanhalbinsel fortzuschicken, Bulgarien und Rumänien ein europäisches Mandat zum Einmarsch in Trakien erhalten. Man nimmt an, daß russische Truppen in dem bulgarischen Schwarzmeeresbucht zur Jahr Aufstellung gelangen. Die Flotte befindet sich in einer sehr schwierigen Situation.

#### Der englische Druck.

Konstantinopel, 28. Juli. Der englische Bevollmächtigte in der Türkei teilte heute dem Großvezir folgende Erklärung des Edward Gress mit: Die britische Regierung hatte bereits früher der Türkei mitgeteilt, daß sie geneigt ist, die moralische und materielle Hilfe, betreffend die Organisation der militärischen Einheiten, zu leisten. Gegenüber der Handlungsweise der türkischen Regierung aber in Bezug auf die Besetzung Adrianopels ist die britische Regierung gestutzt, ihre Versprechen zurückzunehmen und der Türkei die Verantwortung für ihre Handlungsweise vollständig zu überlassen.

### Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 29. Juli 1913.

#### Bedenkliches zur Heeresvermehrung.

Die nationalistische Presse und die von ihr beeinflussten Vertreter der Militärverwaltung haben in allen Konaren bekräftigt, daß Deutschland nach Annahme der neuen Militärverträge nahezu unüberwindlich sei. Es ist nun gewiß nicht ohne Interesse, was der Generalleutnant a. D. v. Meidena u. im Tag kritisch dazu äußert. Von sozialdemokratischer Seite ist es auch einmal im Reichstage bekräftigt worden, daß mit der Vergrößerung der Armee ins Angemessene nicht nur die Schwierigkeit der Führung, sondern auch die der Verpflegung zu ungeschweizer Truppenmassen wächst. Der General v. Meidena sagt darüber:

Die sich der Führung und sicherlich der Verpflegung der Millionenheere entgegenstellenden Schwierigkeiten aller Art dürfen nicht unterschätzt werden, noch ins so lange eine gewisse Gefahr vorliegt, als Aufgaben dieser Art noch nicht praktisch gelöst worden sind. Das konnte aber noch nicht gelingen, weil bisher niemals so große Heeresmassen verfügbar waren, wie sie künftig im Arctico zur Veranschaulichung kommen sollen, und weil sie noch niemals so rasch bewegt werden konnten. Aus diesen Gründen kommt der General zu dem Schluß, daß es fraglich ist, ob man die Armeevermehrung vermehren könne, selbst wenn Menschen und Mittel in reichem Maße vorhanden sein sollten. Von den Soldaten wird allerdings die Ertragskraft von Strapazen und Entbehrungen gefordert. Allein was nicht der beste Wille, wenn die physischen Kräfte versagen. Die Niederlage der von deutschen Offizieren geführten russischen Armee ist in der Hauptsache auf den Mangel an Verpflegung zurückzuführen. „Wenn die Hunderttausende“, sagt General v. Meidena, „vor dem Schlägen im engen Raum vereinigt werden müßten, vermindern die Lebensmittel des Landes, was die Wälder beim Einfallen von Wundstreuendämmern. Die endlosen Verpflegungsbeschwerden aber sind genug an den aussehenden Wegen festliegen, so schließlich auch die Soldaten nach ihnen verlangen. In solcher Lage heißt es, den Verzicht fester ziehen.“

Wenn es damit getan wäre, dann müßte es immer noch gehen, allein das Ansehen des Heeres hat eine ganz bestimmte Grenze. Neben der Sorge um die Verpflegung der Truppen bewegt den General von Meidena vor allen Dingen die weitere Sorge, daß die Truppen nicht genügend starke Verdien haben, um die Aufrechterhaltung im Einklange zu übertragen zu können. Er legt das in folgenden Zeilen aus:

Die schon jetzt oft den Atem raubende Schnelligkeit des Infanteriegesetzes hat den Gipfelpunkt noch längst nicht erreicht.



In anderen Fragen werden wir, wie schon in früheren Zeiten, so auch in Zukunft, mit den Arbeitern zusammengehen können und müssen, um die gesunde, fortschrittliche Weiterentwicklung unseres Staats- und Wirtschaftslebens zu fördern. Daraus ergibt sich schon unsere Stellung zum Liberalismus.

Die Sozialisten sind dem Zentrum naturgemäß als Herz gewachsen; das Zentrum vertritt aber auch eine Verbrüderung mit den Liberalen nicht. Zentrumspatzist!

— **Schäferleitung der Impfgänger.** Von den Impfgängern ist in letzter Zeit in vielen Städten eine starke Agitation gegen den Impfwang eingeleitet worden. Zumeist geschieht es durch öffentliche Anschläge von Plakaten oder Ausschüssen von solchen in Schaufenstern usw. Der Regierungspräsident in Stuttgart hat sich bemühend gefügt, an die Polizeibehörden eine Verfügung zu erlassen, die Verletzung der Plakate — notfalls falls durch unmittelbaren Zwang — herbeizuführen, und die Strafverfolgung in die Wege zu leiten.

### Frankreich.

Das Budget im Senat. Der Senat beriet am Montags das aus der Kammer zurückgelassene Budget. Ribot erklärte, die finanzielle Lage würde sich schwierig gestalten, und ohne die militärischen Lasten, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, den Kriegszustand Deutschlands zu beugen. Ribot gab der Ansicht Ausdruck, dass Frankreich nicht an einen Angriff, aber es denke vielfach, daß seine Lage weniger gut sei, als sie infolge der letzten Ereignisse. Ferner erklärte er, alle müssen die Lasten des Militärgesetzes auf sich nehmen, ohne daß ein Unterschied unter den Steuerpflichtigen gemacht werde. Das Land werde in männlicher Weise die Opfer auf sich nehmen, die man von ihm fordere. Ministerpräsident Barthou versprach, daß das Budget für 1914 klar und aufrichtig sein würde. Mit Anspielung auf die gegenwärtige Lage sagte er ferner: Die Ereignisse verstimmen uns auch jetzt noch; die Regierung ist aber zu jeder erforderlichen Initiative bereit, um den Frieden der Welt zu sichern. In Erwiderung auf die durch Ribot ausgesprochene Bestätigung erklärte der Ministerpräsident, man dürfe nicht sagen, daß bestimmte Ausgaben durch bestimmte Steuerlasten gedeckt werden müßten. Wenn aber bestimmte Ausgaben das Defizit vermindern würden, würden die dadurch erforderlich werdenden Steuern auf denjenigen lasten, die instande seien, sie zu tragen.

Paris, 28. Juli. Die Finanzkommission des Senats besetzte sich heute mit der finanziellen Seite des Dreijahresgesetzes und beschloß, nur den Familien der Eingezogenen Unterhaltungsgehälter zu bewilligen, während die Kammer auch den Freiwilligen und Kapitulanten die Wohltat zuteil werden lassen wollte. Die Kommission befrägte diese Unterhaltungen auf 15 Prozent der Mannschaft und setzte die tägliche Entschädigungssumme auf einen Frank für die Frau und 25 Centimes für jedes Kind herab. Die dadurch erzielte Ersparnis beläuft sich auf 69 Millionen Frank.

Paris, 28. Juli. Der Senat hat den Infanzantrag Walby, den die Kammer angenommen hatte, monach vom 1. Januar 1916 ab gemisse fest besetzte Steuern durch eine Einkommenssteuer ersetzt werden sollen, abgelehnt.

### Marokko.

Immer neue Missetaten. Aus Tetuan wird gemeldet, daß die Stadt eingeschloffen sei und daß Schüsse gegen sie abgegeben werden. Es seien mehrere Transporte auf der Route nach Ceuta angegriffen und aufgehoben worden. Zahlreiche Marokkaner bereiten sich vor, an einem neuen heftigen Angriff teilzunehmen.

An den Ufern des Ueb Amir wurde eine Schar von Männern durch eine spanische Kolonne auseinandergeprengt. Bei den Spaniern fielen zwei Offiziere, zwölf Soldaten wurden verwundet.

In Spanien haben die Sozialisten den Generalsstreik im ganzen Lande für den Fall angedroht, daß die Regierung auf ihrer marokkanischen Kriegspolitik beharre.

## Aus der Partei.

### Wenig erfreulicher Parteibericht.

Das Geschäftsjahr der Partei umfaßt diesmal nur neun Monate, weil nach einem Beschlusse des Chemnitzer Parteitag das Geschäftsjahr jetzt am 31. März schließt. Dem Bericht des Parteivorstandes an den Jenaer Parteitag, der am Mittwoch zur Veröffentlichung gelangen wird, entnehmen wir folgende Angaben:

Die Mitgliederzahl in den Kreisorganisationen, die am 1. Juli 1912 970 112 betrug, ist bis zum 31. März d. J. auf 982 850 Mitglieder gestiegen, eine Zunahme um 12 738 Mitglieder oder 1,3 Proz. Die Hauptlast auf dem Mitgliederzuwachs stellen die weiblichen Mitglieder, die um 10 744 zugenommen haben.

Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse betrug unter Einzurechnung der Gleichheit am 31. März 1913: 1 466 212 gegen 1 478 042 am 30. Juni 1912. Die Abonnentenanzahl hat sich also um 12 800 verringert. In dem Abonnentenrückgang sind 43 Parteiviertel beteiligt, während 47 eine Zunahme zu verzeichnen haben.

Die Zahl der Abonnenten der Arbeiter-Jugend ist von 80 086 auf 80 409 gestiegen. Die Jugendbewegung hat gute Fortschritte gemacht.

Der Bildungsausschuß gibt einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit von 364 örtlichen Bildungsausschüssen (gegen 339 im Vorjahre).

Die Zahl der sozialistischen Landtagsabgeordneten ist von 223 auf 228 gestiegen; nur Braunfels, Waldes und Reuß & L. haben noch sozialistische Landtage — außer den beiden Medienburg, in denen es keine gewählten Landtage gibt. Gemeindevertreter hat die Partei jetzt in 509 Städten und in 2973 Landgemeinden, und zwar in ersteren 2753, in letzteren 8928. Außerdem zählt die Partei in 65 Städten 133 Magistratsvertreter und in 120 Landgemeinden 187 Mitglieder des Gemeindevorstandes.

Der Bericht erfordert die erste Aufmerksamkeit der gesamten Partei.

### Die württembergische Landesversammlung

wurde am Sonntag und Montag in Stuttgart abgehalten. Es waren 406 Delegierte anwesend. Den Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit in den verflochtenen neun Monaten erläuterte dessen Vorsitzender B. Lindemann. Er versprach die Tätigkeit bei den Landtagsarbeiten und verteidigte den Landesvorstand gegen den von einigen Ortswörtern erhobenen Vorwurf wegen des mit der Volkspartei getroffenen Abkommens, das sich auf fünf Wahlkreise erstreckt. Die hierbei eingeschlagene Taktik habe der von den vorjährigen Landesversammlung gegebenen Direktive entsprochen, die dahin ging, nach Möglichkeit das Zustandekommen einer schwarz-blauen Landtagsmehrheit zu verhindern. Der Landesvorstand habe überdies in voller Uebereinstimmung mit den Vertrauensmännern des Landes gehandelt. Das Wahlabkommen habe selber den

Erwartungen nicht entsprochen, aber der Landesvorstand habe nicht das Gefühl, daß er Voreurteil verleihe. Auch die Abstimmung bei den Landesproporzahlen betriebe nicht; unsere Wähler hätten in größerer Zahl zur Urne gebracht werden und die Partei hätte viele weitere Mandate erobert können, die bei der jetzigen Zusammenfassung des Landtages von großem Werte wären. Eingehend besprach sich Lindemann mit den zwischen dem Landesvorstand und der Preschkommission einanderwärtigen Anklagen. Er sei dem Landesvorstand zu verdanken, daß vor zwei Jahren die Preschkommission eingesetzt wurde. Aber man habe eine Unzufriedenheit darüber geäußert, daß die Landtagsarbeiten bei Lindemann verbleiben müßten. Die Preschkommission aber habe dauernd versucht, ihre Befugnisse auf Kosten des Landesvorstandes zu erweitern. Sie habe damit lediglich den Wünschen des radikalen Teiles der Stuttgarter Genossen gehiebt. Das Landesorgan solle aber nicht das Wort eines Teiles der Partei sein, sondern den verschiedenen Anschauungen innerhalb der Partei Rechnung tragen. Die Redaktion eines Parteiblattes dürfe sich nicht als Obergenossenbehörde betrachten, sondern habe die Aufgabe, die auf exponiertem Posten stehenden Genossen zu bedenken und die Aktionen der Partei zu unterstützen. Die Tagwacht könne nicht frei Besprechungsarbeiten brauchen. Nach dem geltenden Statut seien Besprechungen an den Landesvorstand, in zweiter Instanz an den Landesauschuß zu richten. Die Preschkommission habe bei der Formulierung der Redaktionen und bei der Kontrolle der tatsächlichen Leistung des Blattes mitzuwirken. Dies Recht sei ihr nicht betritten worden. Die Preschkommission solle nicht, wie sie behauptet, das fünfte Rad am Wagen sein, aber sie solle auch nicht dem Landesvorstand, der die Verantwortung für die Tätigkeit der Partei im Lande trage, diese Rolle zuweisen. Wenn auf allen Seiten die Meinung bestünde, sich zu verschieben, so fände sich auch ein Weg.

Den Bericht der Preschkommission erstattete Genossin Jettin. Sie erkannte an, daß Lindemann sich um das Zustandekommen der Preschkommission bemüht habe. Aber bei der Bezeichnung der Redaktion habe nicht nur der Landesvorstand, sondern beide Instanzen Entgegenkommen gezeigt. Die Preschkommission habe sich streng an ihre Befugnisse gehalten und die Rechte des Landesvorstandes anerkannt. Sache des Landesvorstandes wäre es gewesen, nach Einführung der Preschkommission eine entsprechende Veränderung der Statuten vorzunehmen. Der Landesvorstand, der die Statuten allein bei der Aufficht über die Presse gesteuert habe, könne sich nicht recht damit abfinden, daß die Preschkommission neben ihm amtiere. Die Tagwacht habe sich bemüht, die Gegensätze von rechts und links auszugleichen. Wenn mancher Wunsch noch einer anderen Haltung an allgemeinen politischen Teil laut werde, so gebe es auch Genossen, die eine andere Haltung im württembergischen Teile wünschten. Aber ein Blatt müsse in prinzipiellen Fragen einen einheitlichen Standpunkt vertreten. Die einzelnen Redaktionen dürften nicht entgegengesetzte Anschauungen im Blatt vertreten.

Redakteur Crispian: Die von ihm vor einem Jahre in Stuttgart angetretene Stellung sei nicht die angenehme gewesen. Nicht ganz falsch werde er sie ausgefüllt haben, denn keine Beschwerde und kein Mißtrauensbescheid liege vor. Der Landesvorstand habe aber der Redaktion die Arbeit erschwert, indem er versucht habe, in der Frage der Heranziehung von Mitarbeiteren Vorschriften zu geben. Auch habe er bestimmte Artikel beanstandet und Artikel gelöscht, ohne die Redaktion zu hören. Der Redner ging auf Einzelfälle ein und verteidigte dann die Stellungnahme der Tagwacht zur Teilnahme der Fraktion an den Landtagsarbeiten. Dem verstorbenen Crispian die Haltung der Tagwacht in einigen weiteren Fragen und versicherte, es sei immer rein sachlich gestempelt worden. Als offenbar wurde, daß die Fraktion für die Parteipresse stimmen wollte, habe er allerdings erklärt, jetzt sei es Zeit, die Parteipresse auf den Damm zu rufen. Er habe den Erfolg zu verzeichnen, daß die Tagwacht jetzt nicht mehr allein stehe. Jedenfalls lasse sich die Redaktion nicht die Mühe bedeuten und aus der Tagwacht kein amtliches Kreisblatt des Landesvorstandes machen.

Redakteur Flügel: Der den württembergischen Teil der Tagwacht redigiert, beklage sich über Mangel an folgenreichen Zusammenarbeiten in der Redaktion. Gegen den Artikel über die Landtagsreform habe er wegen der Form des Artikels Einwendungen erhoben. Wäre diesen Einwänden Rechnung getragen worden, so würde die nachfolgende Auseinandersetzung weniger heftig und unangenehm gewesen sein. Er habe bessere Redakteure für sich beantragt, das die anderen Redakteure habe, die ihm vor der Veröffentlichung wichtiger, die Parteitalität beruhigender Artikel auch nicht fragten. Die Landesversammlung vor zwei Jahren habe eine einheitliche Redaktion gewünscht. Der Landesvorstand habe dann Klagen erhoben gemacht. Das billige er. Er wünsche nur, daß man bei Meinungsverschiedenheiten auch mit ihm rede.

In der weiteren Diskussion traten die Redner teils für den Landesvorstand und gegen die Haltung der Tagwacht, teils für die Preschkommission und die Tagwacht-Taktik ein. Im ganzen verlief die Auseinandersetzung in sachlichen, ruhigen Bahnen.

In den Schlussworten des Referenten wurden die Differenzen noch einmal eingehend besprochen. Lindemann wandte sich besonders scharf gegen Crispian. Fast eine Stunde dauerten dann die persönlichen Bemerkungen, die den Abbruch der Debatte bildeten. Einmütig angenommen wurde ein Antrag, der die Befugnisse der Preschkommission und des Landesvorstandes genau umgrenzt. Mit großer Mehrheit fand auch ein Antrag Annahme, in dem das Einverständnis mit der Taktik des Landesvorstandes bei den Landtagsarbeiten ausgesprochen und die Art der Aufstellung der Proporzmandate aufgegeben wird. Die Anstellung eines Sekretärs für den Schwarzwaldrreis wurde dem Landesvorstand zur Erwägung überwiesen. Die Anträge gegen die Doppelmandate gelten durch den Beschluß als erledigt, nach welchem Doppelmandate möglichst — besonders bei Reuaufrstellungen — vermieden werden sollen. Durch Uebergang zur Tagesordnung wurden die Anträge erledigt, die die Abänderung eines Teils der Statuten von Doppelmandat und Parteieinrichtungen verlangten. Zur Frage des Delegationswesens wurde beschlossen, der Landesvorstand mit der gründlichen Prüfung aller gegebenen Anregungen und mit der Ausarbeitung einer alle berechtigten Wünsche berücksichtigenden Vorlage für die nächste Landesversammlung zu beauftragen. Die Minister der Landesversammlung sprach in einer Erklärung ihr Bedauern über die Verzögerung der Entscheidung aus.

Ueber die Tätigkeit der Reichstagsfraktion referierte Genosse Seil, der in dem Redegebot den Standpunkt der Wehrer der Fraktion betrat und die Haltung der Tagwacht kritisierte. Dr. Lindemann vertrat denselben Standpunkt; Westmeyer und Crispian beanstandeten die Zustimmung zu den Redegeboten. Eine Resolution, die die Haltung der Fraktion billigt, wurde zurückgegeben, nachdem auch eine Vertrauensresolution für die Tagwacht zurückgegeben worden war.

An Stelle des nach Hamburg überlebenden Genossen Gildemann, der die Leitung des literarischen Bureau des

Volkswirtschafts übernimmt, wurde Genosse Fischer zum Vorsitzenden des Landesvorstandes gewählt.

Schlußbericht. Die Saaleleitung setzt ihren Referat den Bericht über Korpelkonzern vor, der in der gebräuchlichsten Art aufgemacht ist, alle Kleinigkeiten zusammenfaßt und das Vernehmen flüchtiger Vermittlung an der Spitze trägt. Zur Klärung dieser Unklarheiten sei endlich angeht, was unsere württembergischen Parteigenossen feststellen.

Tagwacht: Unsere Gegner sind diesmal nicht auf ihre Kosten gekommen. Die heutige Landesversammlung hat ihnen kein Material geboten, das in einfacher Weise gegen die württembergische Sozialdemokratie ausgespielt werden kann. Genossin gab es lebensfähige und temperamentvolle Auseinandersetzungen, aber sie drehten sich um sachliche Dinge. Deutlich trat in die Erscheinung, daß die Kämpfe innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie mehr und mehr auf eine gesunde Grundlage kommen.

Göppinger Freie Volkswacht: Wie bei der vorjährigen, war auch bei dieser Tagung der Meinungsaustrausch ziemlich scharf. Es muß aber konstatiert werden, daß die Diskussion im großen und ganzen sachlich geführt wurde, und daß persönliche Feindschaften bei den Beratungen sehr in den Hintergrund traten. In dieser Hinsicht hebt sich die diesjährige Landesversammlung vortrefflich von ihren Vorgängerinnen ab.

Die Saaleleitung ist gerichtet!

### Der medienburgische Parteitag

wurde am Sonntag in Trebitz eröffnet. Vom Parteivorstand war Genosse Fannfuchs Berlin anwesend, der in einer temperamentvollen Rede betonte, daß die Partei keine Uraide habe, mit dem Stand der Organisation unzufrieden oder gar davon enttäuscht zu sein. Selbstverständlich bleibe noch vieles zu wünschen und Aufgabe der Genossen sei es, die Organisation so zu stärken, daß, wenn eventuell der Wille zum Massenstreik wirklich vorhanden ist, er nicht nur eintritt, sondern auch zum siegreichen Ende geführt werden kann. Aus dem vom Landessekretär Krüger-Mohr erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß sich die Organisation wie in den Vorjahren weiter entwickelt hat. Angefallen haben die Genossen Medienburgs 45 Vertreter in den verschiedenen Stadtverordneten-Versammlungen, desgleichen sind wir in drei örtlichen Gemeinden vertreten. Einmalige und Ausgabe stießen ab mit 11 000 M. Das medienburgische Parteiblatt wird seit dem 1. Januar in eigener Druckerei hergestellt. — Angenommen wurde der Organisationsentwurf, der Medienburg und Lübeck zu einem Agitationsbezirk zusammenfaßt.

## Volkswirtschaftliches.

### Lohnsteuern.

Die Schaumweinsteuer wurde bekanntlich 1902 als „patriotisches Opfer“ für das neue Kolonialgesetz benötigt und 1909 bedeutend erhöht. Jetzt lag eine Stimme aus Interpellationskreisen über den Mißstand des Verbrauchs. „Die amtlichen, jedoch verlässlichen Zahlen über das Geschäft im Weinwirtschaft vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 sprechen eine deutliche Sprache über den Mißstand des Ablasses. Während im Jahre 1908 der inländische Selbstkonsum nach 12 07 Millionen, 1909 über 11 1/2 Millionen, 1910 über 11 1/2 Millionen, 1911 12 1/2 Millionen Flaschen betrug, ging er im Jahre 1912 auf rund 10 30 Millionen Flaschen zurück. Die Höhe der Steuer und die ungleiche Behandlung von Sekt und Fruchtschaumwein dürften die Hauptursache dieser Umsatzabnahme bilden, die für die verhältnismäßig junge und mit hohen Lohnen arbeitende Industrie sehr nachteilig wirkt. Die gegenüber den beiden Vorjahren verhältnismäßig hohe Umsatzsteuer des Jahres 1911 ist wohl hauptsächlich auf den durch eine zeitig angeführten, infolge der hohen Weinpreise eingetretenen Preisrückgang herbeigeführt. Wäre der Zugriff der Verbraucher zurückzuführen, wozu für eine bestimmte Zeit nach die früheren Jahre zurückgeführt werden.“ Seit dem 1. April dieses Jahres dauert der Mißstand im Selbsthandel nach an. Die interpellierten Kreise weisen dabei auf die Tatsache hin, daß Produkt in gleicher Preislage, der aber bloß mit 10 bis 20 Prozent Steuer gegen 50 bis 100 Prozent bei Traubenwein befreit ist, guten Absatz hat. Ein neuer Beweis für die „Opferlosigkeit“ der Seilstricker, die die neue „Opfersteuer“ absolut nicht schluden wollen. Arme Seilstricker! Sie müssen sich nach einer anderen Beschäftigung umsehen, was in Kriegzeiten nicht leicht ist. . .

Verantwortlich für Reichardt, Politische Ueberlicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gemeinlichliches, Feuilleton und Bemerkliches Karl Bok, für Lokales Wilhelm Koenen, für Provinzialles Gottlieb Raspaek, für die Anzeigen Wilhelm Herzog, Verleger Alfred Böhmig, sämtlich in Halle. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Druckerei (G. m. b. H.).

Der Kinder besser Schutz gegen Krankheit ist außer Sauberkeit und Abhärtung eine einfache, regelmäßige Ernährung. Zu lehrer wählt eine kluge Mutter das Zuckerpilz, eine naturgemäße leicht verdauliche und gern genommene Nahrung, welche die Kräfte vor Magen- und Darmkrankheiten schützt und das Entwerden der Säuglinge bedeuten erleichtert. \*1252

**PUCK**  
DIE NEUE QUALITÄT  
3 Pfg.  
CIGARETTE  
GEORG A. JASPARTI A. & SOHN  
HAMBURG, GRABEN 11

Nur noch:  
Mittwoch,  
Donnerstag,  
Freitag.

# Saison - Räumungs - Ausverkauf.

Grosse Posten emailierte Geschirre, Glas, Porzellan, Steingut, Nickel- und Luxuswaren, Holzwaren, Figuren, Lampen, Nippes usw. sind aus unseren umfangreichen Lagern aussortiert.

Nur noch:  
Mittwoch,  
Donnerstag,  
Freitag.

Die Preise haben wir ganz bedeutend, oft weit unter die Hälfte herabgesetzt.

Kinderwagen, Sportwagen, Gartenmöbel, Gartenfiguren, Gartenschirme, Reisekoffer, Rollschutzwände ganz bedeutend unter Preis.

Echte Kristalle ganz besonders billig.

Günstige Gelegenheit komplette Küchen-Einrichtungen billig einzukaufen.

## Burghardt & Becher, Leipzigerstr. 10,

Part. I., II. u. III. Etg.  
Fahrstuhl.  
Mitglied d. Rab.-Spar.-Ver.

### Walhalla-Theater

Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
Heute Dienstag **Ehren-Abend**  
für den kleinen Komiker **Max Alexander** und die  
Soubrette **Grete Finkler**.  
Zum letzten Male: **„Der Bettelstudent“**.  
Operette in 4 Aufzügen von Carl v. Millöcker.  
Mittwoch: **Die Geigen von Corcovillo**.  
Donnerstag: **„Jung-Wien“** — Abschieds-Vorstellung.

### Gewerkschaftskartell Halle.

Freitag den 1. August 1913, abds. 8<sup>1/2</sup> Uhr  
im Volkspark, Burgstraße 27:

### Sitzung

der Kartell-Delegierten und der örtlichen Vorstände der einzelnen Gewerkschaften.

- Tages-Ordnung:
1. Die Wahl der Vertreter zum Ausschuss der neuen Allgemeinen Orts-Krankenkasse.
  2. Die Errichtung eines Gewerkschaftshauses mit Herberge.

Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand des Gewerkschafts-Kartells.  
(Für die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften sind Legitimationskarten ausgegeben worden.)

### Verband d. Steinsetzer u. Berufsgen.

Filiale Halle (Saale).  
Mittwoch, abds. 7<sup>1/2</sup> Uhr (gleich nach Arbeitsschluss) im „Volkspark  
Ausserord. General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Die Sperre der Firma May, u. welche weiteren Maßnahmen sind zu ergreifen.
  2. Gewerkschaftliches.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen und Berufsgenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
2519

### Die Sorge um die Erhaltung des Haares

ist eine allgemeine und die Mittel, welche zur Erhaltung des Haares angewendet werden, sind so zahlreich, daß es schwer ist die Spreu von dem Weizen zu sondern. Man wolle nicht vergessen, daß der unerwünschte Vorbedingung jeder Haarpflege eine mit Peanerie durchgeführte, regelmäßige Reinigung des Haarbodens und der Haare ist. Daß diese Reinigung am zweckmässigsten mit dem bekannten Haarpflegemittel „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ durchgeföhrt wird, gibt bei den jetzigen Verbrauchern als ein Axiom, denn durch diese „Schwarzkopf-Shampoo-Waschungen“ werden die Haare von dem Staub und Schmutz befreit und die natürlichen Funktionen des Haarbodens und der Haare erhalten. — Man verlange beim Einkauf ausdrücklich „Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ mit der schwebenden Schmirzmarke und keine Nachahmungen des Original-Fabrikates kategorisch ab. (Packung 20 Pfg. 7 Pakete Mk. 1,20 auch mit „Eier“, „Teer“, „Kamille“, „Sawafar“, „Schwefel“, „Krauter“, „Limonen“, „Birkenbalsam“, od. „Paru-Tannin“-Zusatz (Preis 25 Pfg. 7 Pakete Mk. 1,50) in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerie-Geschäften erhältlich.)  
Alleinig. Fabrik.: Hans Schwarzkopf & Co. m. b. H., Berlin N. 37



### Zigarren-König

Merseburgerstrasse 14  
empfiehlt Qualitätszigarren in allen Preislagen.

### Ronfumberein zu Merseburg u. Umg.

c. G. m. b. H.  
Für zwei ländliche Verkaufsstellen suchen wir p. sofort und p. 1. Oktober tüchtige, energische  
**Lagerhalter.**  
Gehalt ist tariflich geregelt. Kaution von 500 Mark erforderlich. Bewerbungen, aus denen hervorgehen muss, auf welche Stelle reflektiert wird, müssen umgehend schriftlich nach dem Kontor, Landstädterstrasse 18, gefandt werden.  
Die Verwaltung.

### Persil



das selbsttätige  
**Waschmittel**

### Schmutzige Kinder

kleiden waschen macht viel Arbeit. Mühe-los dagegen wäscht man diese mit Persil; ebenso auch alle sehr schmutzige Berufskleidung, wie Metzger-, Bäcker-, Friseur-, Anstreicher-Jacken und Schürzen, sowie sonstige Arbeitsmittel aller Art und zwar ohne jede Zutat von Seife oder sonstiger Waschmittel. Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.  
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. \*744  
Auch Fabrikanten der allerbildesten

Richard Flemming,  
Halle a. S., Schmeerstraße 22  
Spezialgeschäft: Reifstr. 129  
(Ecke Hauptstr.)  
— Optische Anstalt. —  
Grosse Auswahl, billige Preise!

### + Eheleute

Sämtliche Artikel z. Körper- u. Gesundheitspflege für Damen und Herren zu billigsten Preisen!  
Fachl. Auskunft u. Prospekt gern u. gratis, verschlossen geg. 20 Pfg. Briefmarken.  
Frauen- (so wie sein sollen. Spritzen) in bester Ausführung zu enorm billigen Preisen!  
Einfache: 1.35; 1.85; 2.50; 3.50. Beste nur: 4.00; 4.50; 5.50 u. 6.50.  
Diskreter Versand! Kein Laden! — Frauen-Behandlung — Besuche angenehm! Kein Kaufzwang!  
Dr. med. Ernst Geyer & Co. (Sanitäts-Depot.)  
Halle (Saale), Leipzigerstrasse 11.  
Minerstrasse 11. gegenüber der Ulrichskirche.  
Eingang:

### Prima Vollmilch a Liter nur 20 Pfg.

Bitte sofort bestellen!  
Täglich frische Buttermilch a Liter 10 Pf.  
Entrahmte Milch a Lit. nur 9 Pf. — Tägl. frisches Mah.  
Hans Ebel, Schmeerstraße 13,  
Dampfmotoren-Handlung (gegenüber der Hauptstr.).  
2518

### + Frauen +

wenden sich bei kr. Störungen, Stockung, Weisfluss nur an die Verkaufsstelle des Junitins 12524  
Dr. Conrad Scheldig, Genl.  
Verkauft nur durch Frau Böhnert, Halle (S.), Graefeweg 3a, prt. 1. kein Laden. Nachnahme-Verfand.  
Böttcher-Waren dauerhaft u. billig. P. Horlock, Kleine Ulrichstr. 12 und Dachritzdamm 5, 36. — Rabatmarken.

### Kartoffelflocken

Malz-Kleine, Malz-Groß, Kuchenmehl u. s. w. zur Schmeckemast offerieren billigst  
Gebr. Wege, Halle, Straße 1.  
Das Einmachen der Früchte und die Zubereitung von Fruchtsäften, Getränken, Likören etc.  
Ein reichhaltige Sammlung von bewährten Rezepten.  
Preis 25 Pfennig.

### Heidelbeeren,

1 Pfund 24 Pfennig, 2288 10 Pfund Mk. 2.20. Niederlage Torstrasse 58.  
Mittwoch: Schleich & Co. st. Marie Böttcher, Inh.: C. Wilke, Tritzdamm 2. 42

### Pergamentpapier,

2 Bogen 15 Pfg.  
Unbeziehen durch die  
Die Volksbuchhandlung, Halle (Saale), Herz 42/43.

### Richard Flemming,

Halle a. S., Schmeerstraße 22  
Spezialgeschäft: Reifstr. 129  
(Ecke Hauptstr.)  
— Optische Anstalt. —  
Grosse Auswahl, billige Preise!

### Herzog v. Burgund

Cigaretten  
1913er Gänse, Enten.  
Vieler garant. leb. Vorkauf! 1250 10 Cigaretten, Federwild (Hühner) 25 10 anschießlich prima Gänse 25, 16 fleischige Enten — 28, M. Müller, Neuhäuser 64, bez. Oppeln.  
Ansichtspostkarten empfehlt die Volksbuchhandlung

### Dank.

Zurückgekehrt vom Grab unserer teuren Entschlenen, sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen und Kränzen schmückten, unsern besten Dank. Dank meinen Sangesbrüdern von Arbeiter-Sängerchor für den herrlichen Gesang. Vielen Dank auch meinen Arbeitskollegen, welche sie zur letzten Ruhe getragen.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
Paul Hädioko. Familie Brauer. 2514

### Apollo-Theater.

Täglich abends 8.20 Uhr: Die in allen Großstädten mit beständigem Erfolg aufgeführte brill. Novität:  
Die 3 Schwestern  
Randolf. 2520  
Schauspiel in 5 Akten von H. Courais-Mahler und E. Ritterfeld.

### Landesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 28. Juli.  
Aufgebote: Viktor Schwarzkopf und Marianne Wündel (Glieniche und Zaubertstraße 24), Bergmann Schamus und Th. Walther (Unter-Zeuthenthal und Steuden), Kaufmann Eduardenberg und Anna Wilm (Halle und Stadt-Ordnungsstelle).  
Geboren: Tapasster Kels S. (Halle/Südstr. 7), Arbeiter Kopf S. (Merseburgerstr. 85), Dreher Harrold S. (Schmidstr. 26), Arbeiter Koch S. (Marientstraße 13), Richter Judaschewski S. (Landes-bercestraße 6), Arbeiter Schürmüller S. (Hendortstraße 8), Arbeiter Grimm S. (Hüttenstr. 5a).  
Geboren: Witwe Baumgart geb. Urban, 67 J. (Robert-Brannstraße 14), Zimmermanns Rabe S., 4 Mon. (Egipe 20), Handelsmanns Kirchner aus Delitzsch S., 8 J. (Kittitz), Arbeiter Gammrich S., 10 Mon. (Richard Wagnerstraße 57), Arbeiter Wölfe S., 7 Mon. (Kanalstraße 1), Arbeiter Becker aus Eggersleben, 63 Jahre (Mittich), Schollers Doltschub S., 3 Monate (Schirmerstraße 27), Gehilfenführer Gammrich S., 6 Mon. (Bergstraße 4), Arbeiter Binkler, 20 J. (Reichstr. 60), Volksschullehrer Richter S., 4 Mon. (Hauptstraße 15), Oberleiters Herrmann S., 9 Mon. (Jakobstraße 31), Witwe Inge geb. Hengst, 74 J. (Schmidstr. 26), Schollers Müller, 22 J. (Hauptstraße 3), Witwe Edda geb. Bogt aus Polleben, 58 J. (Bergmannstr.).  
Halle-Nord (Gr. Brannstraße 3), 28. Juli 1913.  
Aufgebote: Klumpner Erlecke und Ida Wümler (Grabenweg 36 und Richard Wagnerstraße 16), Gehilfenführer Schmidt und Frieda Deber (Grabenweg 36 und Richard Wagnerstraße 16).  
Geboren: Arbeiter Kanaler T. (Neumarktstraße 9), Gehilfenführer Schmidt, 11 Arbeiter (Robert-Brannstraße 6), Schmidt Die Köpfer (Egipestraße 38), Fabrikant Deber S. (Halle), 22 Mon. Geboren: Witwe Wohlemann geb. Sturm, 66 J. (Karlstraße 7), Wirtner Heiler, 37 J. (Egipestraße 34), 3 Monate (Robert-Brannstraße 20), Arbeiter Barada aus Schöffeld, 46 J. Reichlers Müller (Hauptstr. Auguste geb. Wolke, 63 J. (Unterberg 4).

### Richard Flemming,

Halle a. S., Schmeerstraße 22  
Spezialgeschäft: Reifstr. 129  
(Ecke Hauptstr.)  
— Optische Anstalt. —  
Grosse Auswahl, billige Preise!

### Metallarbeiter-Verband.

Todas-Anzeige.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mittalob  
**Alfred Hartlep**  
nachdem, schwerer Stenkelager verlor ist.  
Eure lieben Andenken!  
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 4 Uhr in Oberbismilgen statt.  
2516 Die Ortsverwaltung.

### Dank.

Zurückgekehrt vom Grab unserer teuren Entschlenen, sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen und Kränzen schmückten, unsern besten Dank. Dank meinen Sangesbrüdern von Arbeiter-Sängerchor für den herrlichen Gesang. Vielen Dank auch meinen Arbeitskollegen, welche sie zur letzten Ruhe getragen.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
Paul Hädioko. Familie Brauer. 2514



## Kindererschulung im Jahre 1912

Am 30. März des Jahres 1913 waren es zehn Jahre, daß das gegenwärtig geltende Kindererziehungsgesetz in Deutschland in Kraft getreten ist. Die Erhebungen, die in den Jahren 1898 und 99 über die gewerbliche Beschäftigung von Kindern angestellt worden waren, hatten ein trauriges Bild von dem damaligen gewerblichen Schicksal der Kinder in Deutschland gegeben. In der Seidenweberei, Jagdgeräthfabrikation, in der Anfertigung von Porzellanen und künstlichen Blumen, im Schmeißel- und Handwebereibetrieb, in Glashütten, Vogelkäfigen usw. wurde mit ihrer unfähigen Arbeitskraft bei Nacht und bei Tag grausam gequält. Die dadurch entstandenen gesundheitlichen und moralischen Schäden waren zu furchtbar, als daß sie befristet werden konnten. Nur 10 Prozent der Kinder der Volksschulen erreichten an vielen Orten die erste Klasse und in gleichem Maße blieben sie in ihrer körperlichen Entwicklung und in ihrer Gesundheit zurück.

Diesen Mängeln sollte mit dem Kindererziehungsgesetz vom 23. März 1903 ein Ende gemacht werden, durch das die gewerbliche Beschäftigung fremder Kinder auf drei Stunden (in der Ferienzeit auf vier Stunden) täglich in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und Sonntags auf zwei Stunden beschränkt wurde. Freilich ließ dieses Schutzesetz in der zulässigen Beschäftigung der eigenen Kinder für eigene Rechnung die Freiheit des Eltern zu, die Möglichkeit einer gewissen Ausnutzung der eigenen Kinder zu.

Es war also ein Schutzesetz erlassen, das der Ausbeutung der jungen Arbeitskraft, eine wesentliche Beschränkung bringen sollte. Aber wie es sich herausstellte, in all den kleinen Schutzesetzen, in denen sie ausgenutzt wurde? Ein großes Hindernis dazu bildete schon seine große Unvollständigkeit, sein etwas Juristisches, in dem sich selbst Beamte schwer zu rechtfinden konnten, so daß auch sie noch jetzt nach zehnjährigem Bestehen es oft falsch auslegen, wie die Verträge aus der Gewerbeindustrie für eigene Rechnung beschäftigten eigenen Kinder hatten die Befehlsgeber von vornherein auf eine Beschränkung der Arbeitszeit für völlig verzichtet, weil diese kaum erreichbar erschien. Ein sehr unvollkommenes Schutzesetz!

Auch die Beschränkung der Arbeitszeit fremder Kinder auf drei Stunden pro Tag und auf die Zeit von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends wurde anfangs recht wenig befolgt, und zwar nicht nur wegen Opposition, sondern auch weil das Gesetz gar nicht richtig verstanden wurde. Diese Unvollständigkeit des Wortlauts des Gesetzes konnte man durch ein erklärtes Einverständnis in großen Mengen in den betreffenden Arbeitgeber- und Arbeiterkreisen; beahdet wurde es freilich von beiden wenig. Auch für die gewerbliche Beschäftigung fremder Kinder war, wie sich sehr bald herausstellte, eine allgemeine Durchführung der auf drei Stunden beschränkten täglichen Arbeitszeit schwer erreichbar, denn die Kontrolle war auch hier schwer durchzuführen. Die gewerblichen Aufsichtsorgane überzeugten sich bald, daß sie dazu allein nicht imstande waren. Sie glaubten aber in der Verletzung einer wirksamen und willigen Unterstützung für diese Aufsicht und Durchführung zu finden. Und die Lehrer an den Volksschulen waren auch meist bereit, die Gewerbeaufsichtsbekanntnisse bei der Durchführung der jungen, auch von ihnen ganz richtig als geringfügig anzusehenden Gesetzes zu unterstützen. Sie fragten die Kinder in vertraulicher Weise, ob und wie lange sie schon gegen Lohn regelmäßig arbeiteten. Die Kinder gaben ihnen, nicht Schlimmes abend, auch alle vertrauensvoll die gewünschten Auskünfte, die dann vom Kreisfiskusinspektor zusammengestellt und den Beamten der Gewerbeaufsicht übermittelt wurden.

Da zeigte sich nun, daß noch sehr viele Kinder zu lange und auch schon früh vor Beginn des Schulunterrichts oder in Betrieben wie Gastwirtschaften beschäftigt wurden, wo es durch das Schutzesetz nicht mehr gestattet war. Von diesen Verletzungen gegen das Kindererziehungsgesetz machten dann die Gewerbeaufsicht Mittelungen an die Polizei und die Gerichte, und die Folge davon war, daß noch nicht die fremden Arbeitgeber, sondern vielfach auch die eigenen Eltern der Kinder vor den Strafrichtern saßen und in Strafe genommen wurden. Und wenn es auch, wie der Bericht aus dem Bezirk Waden hervorhebt, nur Strafen von 1 bis 4 Mk. waren, auf die dort wiederum amüßig erkannt wurde, so trifft diese Strafe doch die Kinder mit, deren Wohl durch sie gefährdet werden soll; denn die Eltern können dann doch nur ein um den Betrag dieser Strafen und der damit zusammenhängenden Kosten vermindertes Einkommen auf ihren Unterhalt verwenden.

So erfahren auch die Kinder erst, warum der Lehrer sie über ihre Arbeitsverhältnisse ausgefragt hatte, und nun war es mit dem guten, vertrauensvollen Verhältnis zwischen den Lehrern und Schülern und Eltern vorbei. Die Kinder, die auch von den Eltern Vorwürfe erhalten hatten, wurden jetzt mißtrauisch und verschlossen gegen die Lehrer und zurückhaltend in ihren Angaben, oder banden ihnen jetzt nur Redenswürdigkeiten an, wodurch deren Ermittlungen sehr unüberfällig wurden. Und viele Lehrer fühlten sich bewußt als Spitzelhaftigkeit ihrer bisherigen Tätigkeit in diesen Angelegenheiten und machten fortan die von ihnen verlangten Berichte vorfichtig. Daher erklärt der Bericht aus dem Bezirk Waden es für fraglich, ob unter solchen Umständen das bisherige Verfahren, den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit durch Befragen der Kinder in der Schule zu ermitteln, weiterhin angewandt werden könne. Es wurden auch andere Wege zur Ermittlung der Befehlsverletzungen und zu deren Befreiung vorgeschlagen. Man schlägt vor, die Gewerbeaufsichtsbeamten sollten früh morgens vor Beginn der Schule selbst die Kinder beim Ausfragen von Vätern, Müttern und Lehrenden oder über Mittag beim Betreten der Arbeitsstelle abfragen, aber man sah bald ein, daß man sich vergebens bemühen, um nur einigen Erfolg dabei zu erzielen. Andere, wie der Gewerbeinspektor Dr. Wenker in Charlottenburg, empfahlen, die Eltern zu befragen, die gegen die Vorschriften gegen die ungesetzliche Kinderarbeit heranzuziehen. Diesen müßigen, eigenartig erscheinende Fälle zu Bekämpfen mitgeteilt werden, die sich vornehmlich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Familien erstrecken. Ergab sich hierbei, daß die Familie tatsächlich auf die Mitarbeiter der Kinder angewiesen ist, so sucht die Schulinspektion bei der städtischen Armenverwaltung eine angemessene Beihilfe zu erwirken, um damit wenigstens die ungesetzliche Arbeit der Kinder zu befristigen. Aber

es ist wohl einleuchtend, daß, da solche Ermittlungen nur vereinzelt durchgeführt werden, auch nur in vereinzelten Fällen dadurch die ungesetzliche Kinderarbeit befristigt werden kann. Nur wenn man alle Fälle in jeder Hinsicht nachprüfen und in Fällen willkürlicher Unterlassung des Strafverfahrens lieber durch eine angemessene Unterstützung oder Lohnausbezahlung der Eltern es verhüten könnte, daß die Kinder zu gewerblicher Arbeit genötigt sind, um ihren Familien den Lebensunterhalt zu verschaffen, nur dann würden die Fälle von ungesetzlicher Kinderarbeit aus der Welt wohl bald verschwinden. Dagegen kann man es nur billigen, wenn die Gewerbeaufsichtsbeamten sich entschließen haben, gegen Eltern und Arbeitgeber, die nicht aus Not, sondern nur aus Gewinnsucht zur ungesetzlichen Ausbeutung kindlicher Arbeitskraft greifen, mit größerer Schärfe vorzugehen. In diesem Sinne schreibt auch der Bericht aus dem Bezirk Wiesbaden für 1912: „Die Durchführung des Gesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, ist mit mehr Nachdruck als früher erfolgt. Zum erstenmal ist es möglich gewesen, auf Grund der von den Lehrern geführten Massenverzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder, deren Zahl festzustellen und die Zahl der Zuwanderungen gegen dieses Gesetz mit einiger Sicherheit zu ermitteln. Im Berichtsjahr wurden etwa 1000 Kinder gewerblich beschäftigt, und zwar fast durchgehend mit Austrägen von Waren, Zeitungen, Brot, Milch und sonstigen Vorkostungen. An Verletzungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen wurden über 800 festgestellt. Säufig mußte Zeit und Dauer der Beschäftigung beanstandet werden. Besonders häufig wurden Kinder zu verbotener Zeit zum Ausfragen von Vätern herangezogen. Allen in Wiesbaden vorkommenden 42 Fällen ermittelte man 1000 Kinder, die ihre Kinder, die ihrer Arbeit mit herangezogen. Der Gewerbeinspektor verfuhr, mit Hilfe der Wiesbadener Wäderrichtung dem Lebensstand, daß noch nicht zwölfjährige Kinder schon vor dem Beginn des Schulunterrichts bei jeder Witterung mit Badewannen von Haus zu Haus laufen mußten, entgegen zu arbeiten, aber ohne Erfolg. Die Anwesenheit in ihrem Antwortschreiben den Standpunkt, die Sache sei nicht so schlimm, das Ausfragen der Väter sei keine Arbeitsleistung, sondern eigentlich nur ein Spaziergang, bei dem die Kinder ab und zu eine Tüte mit Brotchen in ein Haus hineinträger; ein sehr großer Prozentsatz der zum Ausfragen der Väter angenommen Frauen würde, wenn sie auf der Wäderrichtung verzichten könnten, der Anwesenheit zum Last tragen, und das Wäderrücken könne die aus der strengen Durchführung des Verbotes sich ergebenden Lasten nicht tragen.“

In Wiesbaden ist auch ein Versuch gemacht worden, Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, inwieweit die gewerbliche Beschäftigung einen nachteiligen Einfluss auf die Kinder ausübt. Von 374 gewerblich beschäftigten Kindern wiesen 35 mangelhafte Schulleistungen auf, bei 34 stellte der Schularzt gesundheitliche Schwächen fest und zwei Kindern ermittelte aus ihrer gewerblichen Tätigkeit fittliche und andere Gefahren. Infolge dieser Feststellungen wurde eine Anzahl von Arbeitern zur Rede gezogen und dafür gelobt, daß die nachteilige Beschäftigung unterbleibe.

Nach den bisherigen Erfahrungen im Bezirk Wiesbaden war eine häufigere Anwendung der Strafmaßnahmen des Kindererziehungsgesetzes angezeigt. In 60 Fällen, in denen schwerere, mehrfache oder wiederholte Verstöße vorlagen, trat Strafverfolgung ein. Wiederholt mußte auch gegen Eltern wegen wiederholter Beschäftigung ihrer eigenen Kinder Strafen eingeschritten werden. Mehrfach gingen bringende Besuche der Eltern ein, ausnahmsweise die gewerbliche Beschäftigung ihrer noch nicht 12 Jahre alten Kinder zu gestatten, um aus ihrer Tätigkeit einen kleinen Beitrag zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes zu erzielen. Mangels einer Ausnahmestellung konnte jedoch den Vätern trotz Verwarnung durch die Schule und die Ortspolizeibehörde nicht entsprochen werden. Aber es kamen auch Fälle unentschiedener Behandlung der eigenen Kinder vor, die nicht zu entschuldigen sind. So teilt der Bericht der Gewerbeinspektion Altona 45 Fälle mit, die 52 Kinder betrafen, in denen die Eltern ihre Kinder im Sommer, aber auch schon vor morgens, lange vor dem Unterricht mit dem Ausfragen von Brot und Milch beschäftigten. In einem Falle mußte ein elfjähriges Kind während der ganzen Woche, also auch Sonntags, von 3½ bis 5½ Uhr morgens Ausstapetdienste verrichten; vier Kinder wurden von 6 bis 4½ Uhr ab eine Stunde lang, 13 Kinder von 5 bis 5½ Uhr ab eine bis anderthalb Stunden lang und 34 Kinder von 6 bis 6½ Uhr ab eine bis anderthalb Stunden lang beschäftigt. Von den 52 Kindern waren 32 unter 14 Jahren und 18 unter 12 Jahren.

Da die Durchführung der Bestimmungen des Kindererziehungsgesetzes auch im Jahre 1912 in allen Bezirken noch sehr viel zu wünschen übrig ließ, sollte in Zukunft nachdrücklicher als bisher auf die Einhaltung der Vorschriften gebrungen werden. Aber überall dort, wo die Zahl der wirtschaftlich Schwachen zu groß ist, daß viele Familien mit großer Kinderzahl auf die Mitarbeit ihrer Kinder angewiesen sind, kann man durch ein so strenges Verfahren, wie der Bericht aus dem Bezirk Rosen mit Recht hervorhebt, allen diesen Familien ihre Lage nur noch schlimmer machen.

Man führe allgemein Tarifverträge mit Minimallohnsätzen und Arbeitszeitbeschränkungen eventuell durch gesetzliche Zwang ein. Dann wird man auch eine strengere Innehaltung der Bestimmungen des Kindererziehungsgesetzes überall durchführen können, ohne dabei die Existenz von Eltern mit vielen Kindern zu gefährden.

## Gewerkschaftliches.

### Der Streik bei Boch in Stuttgart

ist beendet. Zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband sind Vereinbarungen für die Wiederaufnahme der Arbeit vereinbart, die die Firma schließlich anerkannte. Die Arbeiter beschloßen gegen zwei Stimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Boch ist übrigens sehr unglücklich über den ausbleiben der Arbeiter benutzten Streik. In einer Aufsicht an die bürgerliche Presse lautet er: „Das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat mich zu der Überzeugung gebracht, daß es für eine einzelne Firma nicht möglich ist, gegen die Wladimir der Gewerkschaft aufzukommen. Wenn die übertriebenen Anforderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes verwirklicht würden, so wäre mein Betrieb dadurch unmöglich gemacht. Ich habe mich deshalb veranlagt zu

leben, dem Verband Württembergischer Metallindustrieller beizutreten.“ Der Verband der Metallindustriellen macht ja böse Gesichten! Da die Vereinbarungen unter den von ihm festgelegten Bedingungen zustande kamen, hat er also den „Wichtigkeiten“ der Gewerkschaft nachgegeben? Wer die Metallindustriellen kennt, wird das scharflich glauben. Der Boch wird's bei richtiger Überlegung auch nicht glauben. Denn er kennt neuen wirtschaftlichen Wertesinn gemäß die berechtigten Ansprüche seiner Arbeiter erfüllt, wird er stets vor Konflikten mit den Arbeitern benachteiligt. Was die Metallindustriellen durch ihre Organisation ausrichten, ist schon nicht so viel, um es nicht erfüllen zu können und darüber beklagen zu dürfen.

## Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

In Karlsbad in Böhmen tagte in der Woche vom 20. bis 26. Juli der 24. internationale Bergarbeiter-Kongress. Es waren gegen 200 Delegierte und Gäste anwesend. Präsident Emilie betonte in seiner Eröffnungsrede: Dieser Kongress ist der härteste von allen bisher gehaltenen, nicht nur an Zahl der Delegierten, sondern auch der vertretenen Mitglieder. (Waaol) Ich begrüße besonders die Delegierten der nordamerikanischen Berg- und Hüttenindustrie, die sich in den letzten Jahren infolge eines Mißerfolgs furchtbar furchtbar hatten. Trotz der guten Konjunktur im letzten Jahre mußten wir uns als Lohnabhängigen schwer erträmen; wir haben deren in England mehrere erreicht, in Schottland sogar eine um 35% Prozent! (Waaol) Nicht die Konjunktur bringt die von den Unternehmern so sehr beflagte Unruhe unter die Arbeiter, sondern vielmehr noch ist es die Ausbreitung der Erkenntnis, daß auf die Dauer nicht die wenigen Kapitalisten den Ertrag der Arbeit der Arbeiterklasse an sich reißen dürfen. Diese Erkenntnis verbringt den Sieg des Sozialismus! (Gr. Beifall.)

Vertreten waren auf dem Kongress: England durch 76, Amerika durch 3, Deutschland durch 22 (darunter 5 von dem heimischen Berufsvereinigung — die Stich-Dummköpfe fehlen, weil sie dafür nicht, nur alle zwei Jahre zu delegieren), Belgien durch 17, Frankreich durch 11, Holland durch 1, Österreich durch 27, zusammen 140 Delegierte.

Am zweiten Verhandlungstage beschäftigte man sich zunächst mit der Frage der Arbeitslosigkeit. Adamson-England begründete eine auch von Belgien beantragte Resolution zum Gunsten des Aufstrebens einschließlich Ein- und Ausfahrt, 16stündiger Arbeitszeit zwischen den Schichten und Höchstzahl von sechs Schichten in der Woche. — Er weist besonders auf die gesundheitlichen und Unfallgefahren im Bergbau hin und beklagt die Ermüdung der geistigen Ausbildung der Bergarbeiter durch die überlange Arbeitszeit. In England wurde 1908 das Achtstundengesetz eingeführt, aber es bezieht die Seilfahrt nicht ein und ist lückenhaft. Wir fordern acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf und acht Stunden den Tag!

Bei der Abstimmung findet die Resolution einstimmige Annahme.

### Nachmittags-Sitzung.

Schmidts-Vorrede (Deutscher Bergarbeiterverband) sprach über Bergarbeiter-Unfälle, weist auf die Treiber der Unfälle hin, wobei die Sicherheitsrichtlinien unbeachtet bleiben, es erklärt nicht nur der Körper, sondern auch die Psyche, die gegen die Gefahren. Füllen doch die meisten Unfälle nach der amtlichen Statistik auf das Besondere, was übrigens die Behauptung der Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung) genügend illustriert, daß die meisten Unfälle auf Sonntaggräube zurückzuführen seien. 1896 verunglückten pro 1000: 66,45, 1911 aber schon 136,74. Freilich, ersatzfähig wird nur ein geringer Teil. Von 366 000 Verletzten im Ruhrgebiet verunglückten 59 568 — 3000 mehr als im Vorjahr, eine viel größere Zunahme, als die der Arbeiterzahl. 1902 waren erst etwas über 37 000 verunglückt! 1912 passierten schon 108,54 Unfälle pro Tag und es gab 1082 tödliche Unfälle gegen 516 vorigen Jahres. — Die Sicherheitsämter können ihr bisher gesetzlich gesichertes Recht gar nicht ausüben, weil die Unternehmer sie durch die sattem bekannnten Schläfen- und Lehnridderien daran hindern. Der Referent erzählt einige der traurigsten Fälle von Sicherheitsmännern-Schläfen- und Lehnridderien und prüft diese als ungeschwächt erklärten Entlassungen von Sicherheitsmännern. Die Verlesenen werden in der Regel von den Bergbesitzern abgemildert. Die Entziehung des Schlichterlohnes durch einen Sicherheitsmann auf sechs Wochen bedingte der Bergarbeiter als Unbill — bis er sich schließlich übergeben. Unsere Bergbeamten sind ohne Blut vom Blut der Bedenkeren — und die christlichen Bergarbeiterführer loben diese Zustände noch, wie denn Unbill im preußischen Landtag. Und dabei werden die christlichen Sicherheitsämter, wenn sie ihre Pflicht tun, genau so schändlich wie unsere. In England sinken die Unfälle — und da soll Deutschland die beste Unfallversicherung haben! Deutschland in der Welt wohnt — aber besonders bei den Unfällen im Bergbau. (Heiterkeit.) Der Referent bereitet dies zahlenmäßig. Die einzige Abhilfe zeigt unsere Resolution, die auch von Österreich und Holland gestellt ist: die Anstellung von geheim und direkt gewählten, vom Staat besoldeten Unfallschlichtern aus der Mitte der Bergarbeiter. Zwanglos-Loosen (Bertrauensmann der christlichen Bergarbeiter) führt aus, daß die österreichischen Bergarbeiter, gewisig durch die deutschen Erfahrungen, die Lebensweise des deutschen Sicherheitsmänner-Systems ablehnen. Die Unfallschlichter steigen auch bei uns.

Elfers-Holland: Von 1500 Belegten der Staatskirche Wilhelmia sind 534 verunglückt. Unsere Gesetze sind noch schlechter wie die deutschen. Die Wünsche der Inspektion werden immer rasch heruntertelefoniert und die schändlichen Arbeitsorte werden nicht gezeit.

Harvey-Großbritannien legte in sehr temperamentvoller Rede dar, daß die Sicherheit des Lebens des Grubenarbeiters die Hauptfrage für den Kongress ist. Jeder verdient englische Knapp verunglückt und als wäre ein neues besseres Gesetz erlassen, befristet und als die Verifizier des Landesvertrages. (Gut. Hört.) Die Sicherung des Lebens der Bergarbeiter muß allem anderen vorangehen, stimmen wir einstimmig der Resolution zu. (Großer Beifall.)

Die Resolutionen (vom Staat besoldete Arbeiter-Unfallschlichter, direkt und geheim gewählt, Ausmaß der Bergarbeiter-Unfallschlichter-Gesetze, werden einstimmig angenommen.

Robert Forster (England) begründete eine Resolution, die die Arbeitervertreter in den Parlamenten aufzufordern, für Gesetze einzutreten, die die Unternehmer daran hindern, während wirtschaftlicher Streikaktionen die Arbeiter aus ihrem Gauen zu vertreiben.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Beratung der Punkte: Kollektivverträge und Minimallohn wurde auf Vorschlag Cadès verworfen. Belgien beantragte: Der Kongress fordert, daß durch die Gewerkschaften Kollektivverträge entweder nach Distrikten oder für ein ganzes Land abgefordert werden. — Wir fordern den Minimallohn für die Unterlagsarbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung oder der Kollektivverträge. Die Resolutionen zugunsten der Kollektivverträge und des Minimallohns werden unter lebhaftem Applaus einstimmig angenommen.

Verkauflichung des Grund und Bodens der Bergwerke und der Eisenbahnen. Ag. Braco-Grosbritannien begründete folgende Resolution: Dieser Kongress ist der Ansicht, daß die Gesamtheit des Grund und Bodens der Bergwerke und der Eisenbahnen im Interesse der Allgemeinheit der verschiedenen Länder verstaatlicht werden sollte. — Die Verstaatlichung der Bergwerke allein wäre bei weitem Privatbesitz an Land und Bahnen ungenügender. Das Land ist die Grundlage aller Industrie. Wenn es den Arbeitern in den verschiedenen Staatsbezirken nicht besser geht, als in den Privatländern, so deshalb, weil eben nicht genügend verstaatlicht wurde. Wir wollen die zu entgegengesetzten Privatbesitz entfallenden durch Staatspapiere in Höhe des Ertrags der letzten fünf Jahre, bei keinen Gruben durch Verkauf auf Grund eines Kohlenpreises von 12 Mt. die Tonne. Die Staatskohlenwerke sollen mit 3 Prozent verzinst werden. Das alles fordert unter Parlamentsantrag; es könnten dann die Kohlen verstaatlicht werden und die ganze Nation hätte auch noch große Vorteile. In England will man ein Colmonaun einführen, um die Mobilisierung der Kriegsschiffe zu sichern. Warum nicht ebenso mit der Kohle? (Sehr wahr!) Wären unsere Gruben staatlich, so hätten wir leicht den 5 Schilling-Minerallohn durchgesetzt; denn man hätte dann nicht den Privatbesitz nicht angenommen. Auch diese Resolution wurde angenommen.

Präsident S. Millie schloß den Kongress mit einem kurzen Rückblick auf die Verhandlungen, Dankworten und Wünschen für den weiteren Fortschritt der Organisation und glückliche Heimreise der Delegierten. Auf Wiedersehen in zwei Jahren! Die Delegierten brachten Huldriebe auf die internationale Verbrüderung der Bergarbeiter aus.

## Gewerkschaftliches.

### Der Hamburger Werftarbeiterverein.

In den letzten Tagen haben verschiedene am Streik beteiligte und interessierte Gewerkschaften in Vertrauensmännern oder Mitgliederversammlungen Stellung zur Streikfrage und zum Verhalten der Verhandlungen genommen. Die Verammlung der Schmiecke und Kesselschmiecke verurteilte die Haltung des Zentralvorstandes. Es kam die Meinung zum Ausdruck: Die Werftarbeiter dürften den Berichtigungen nicht ausgegliedert werden. Eine Resolution, die den Werftarbeitern die Sympathie der Verammlung ausdrückt und vom Vorstand erwartet, daß er die Bewegung sanktioniert, wurde angenommen. Der Erhebung von Extrabeiträgen in Höhe von 1 Mt. bis 4 Mt. pro Woche wurde zugestimmt.

In einer Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes erband es letzte ein Vertreter des Verbandes die Gründe dar, die maßgebend für die Stellung der Organisationsleitung waren. Nach langer Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

Die Delegiertenversammlung sämtlicher Branchen des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Hamburg, bedauert aus lebhaftester die statutenmäßige Arbeitsvermittlung auf den Werften. Es kann aber unserer Kollegenchaft kein Vorwurf gemacht werden, da für sie nach Lage der Dinge die Weiterarbeit unmöglich war. Die Verammlung bedauert den Standpunkt der Hauptvorstände der beteiligten Gewerkschaften, durch welchen die Streikenden den Verhältnissen auf Gnade oder Ungnade überliefert sind. Sie fordern den Hauptvorstand dringend auf, unersächlich seine Genehmigung zum Streik zu

geben und den Streikenden die statutenmäßige Unterstützung zu zahlen. Einen Antrag der Ortsverwaltung zur Aufbringung von Mitteln zur Unterstützung der Streikenden lehnten die Delegierten ab.

Die Forner- und Gießereiarbeiter nahmen ebenfalls zu dem Streik der Werftarbeiter Stellung. Die Haltung der Zentralvorstände wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Eine Sympathie-Resolution wurde angenommen. In ihr heißt es: Die Verammlung fordert die gesamte Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle Hamburg auf, dafür einzutreten, daß dem Hauptverband das Rechtsgeschäft über unsere Kolossal abgeschlossen wird und die Forner- und Gießereiarbeiter Arbeiter in Anspruch genommen wird. — Ein Extrabeitrag von 50 Pf. bis 2 Mt. pro Woche wurde angenommen.

Die Grube- und Zigarette-, Holz- und Silber- schmiecke nahmen in ihrer Verammlung eine andere Stellung ein. Sowohl das Verhalten der Werftarbeiter als das der Vorstände wurde kritisiert. In einer Resolution heißt es: Die Verammlung erkläre in der am 14. Juni erfolgten Arbeitsüberlegung einen großen Verstoß gegen das Arbeitsstatut und befürchte die Wiederholung derzeitiger Angelegenheiten eine schwere Schädigung der Arbeiterorganisationen. — Um aber die Situation nicht noch zu verschärfen und die Verammlung der Werftarbeiter nicht noch weiter zu gefährden, erklärte sich die Verammlung mit den freiwilligen Extrabeiträgen einverstanden. Die Beiträge wurden auf 50 Pf. bis 2 Mt. je nach der Höhe des Verdienstes, festgesetzt.

Eine Verammlung der Schiffs- und Erre-Verfassung einen Extrabeitrag von 1,50 Mt. den die arbeitenden Kollegen während des Streiks allmählich zu leisten haben. Der Bund der Techniker ernannte in einem Zirkular seine Mitglieder, sich nicht zu Streitarbeitern herzugeben und Arbeiten, die sie bisher nicht verrichtet haben, nicht zu übernehmen. Trotzdem haben sich verschiedene Techniker und Beamte des Kalkulationsbureaus der Kollantwerft freiwillig zu Streitarbeitern (1) hergegeben. Wie sich die Bundesleitung zu diesen Taten stellt, muß abgewartet werden. Es muß jedoch im Bund organisierter Techniker doch möglich sein, ihre Mitglieder vor folchem Verrat der Streikenden zurückzuführen.

## Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 29. Juli 1913.

Sozialdemokratischer Verein Halle-Saalkreis. Die 2. Kreis-Generalarbversammlung findet am Sonntag, den 3. August, vormittags 10 Uhr in Halle im Volkshaus statt.

- Agendabestimmung:
1. Zeitliche Fragen und der Parteilag in Jena. Referent Genosse Fritz Bruner.
  2. Wahl der Delegierten zum Parteitag.
  3. Wahl der Delegierten zum Bezirksitag.
  4. Unsere Stellung zur Druckerlei.
  5. Preise.
  6. Anträge der Mitglieder.

Abänderungsanträge zum Statut sind folgende eingegangen: Der Vorstand beantragt, im § 11 zu lesen: „Mittlerlich im April und — möglichst — im Juni findet eine Kreis-Generalarbversammlung statt.“

Der 14. Distrikt beantragt, im § 11 anstatt Juli zu lesen: „vor Statistenden des jeweiligen Parteitag.“

Der 8. Distrikt beantragt, im § 11 hinter Juli zu lesen: „zweimalen Mitte August.“

Der Vorstand beantragt, im § 11, Absatz 1 anzufügen: „und nach Jena.“

Der 10. Distrikt beantragt, im § 11, Absatz 1 am Schluss zu lesen: „und die Revisionen.“

Der 16. Distrikt beantragt, im Statut aufzunehmen: „Ein Vertreter des Verlags hat zu allen Sitzungen des erweiterten Vorstandes und zur Kreis-Generalarbversammlung Sitz und Stimme.“ Weiter soll ins Statut aufgenommen werden:

„Die Delegierten und Funktionäre müssen mit Mandat und Mitgliedsbuch als Legitimation versehen sein. Die Mitglieder, die der Generalversammlung beizutreten wollen, müssen sich gleichfalls durch Mitgliedsbuch ausweisen.“

Weitere in den Distrikten gestellte Anträge werden den Vertretern zur Kreis-Generalarbversammlung noch zugestellt. Der Vorstand.

Wer ist schuld an den hohen Wohnungsmieten? Die Frage des Wohnungswesens und der hohen Mieten, die in großen aufzukommen, ist durch die Rede der Wohnungspolitiker wieder sehr aktuell geworden. Aber während die Beamten in den Arbeiterkreise so nachdrücklich als schuldige Ursache hinweis, soll heute an Hand einwandfreier Zahlen bewiesen werden, daß die Hauptursache an den hohen Mieten und damit dem Wohnungswesen ganz wo anders liegt. Wenn man unsere Hausbesitzer und die Bau- und Grundstücksbesitzer hört, dann sind in erster Linie die erhöhten Mieten, darunter besonders natürlich die „hohen“ Arbeitslöhne schuld an den hohen Mieten. Doch das ist nicht wahr! Ich, der Arbeiter, habe hier die Arbeit über die Höhe der Mieten, die durch die Baukosten des Dortmunder Spar- und Bauvereins an den Mieten bewiesen.

Der Dortmunder Spar- und Bauverein hat in den 20 Jahren seines Bestehens 1400 Wohnungen für 7000 Bewohner (d. h. 3 Prozent der Einwohnerzahl Dortmunds) gebaut. Da er stets nur große Grundstücke erworben und die Bauarbeiten im ganzen verzeihen hat, so lassen sich aus seiner Tätigkeit bei der einseitigen Geschäftsführung mit Sicherheit allgemein für Wohnstädte gültige Angaben darüber ziehen, welche Steigerung die reinen Baukosten gegenüber den Bodenpreisen in dieser Zeit erfahren haben und welchen praktischen Einfluß sie ausgeübt haben. Aus einer Gegenüberstellung ergibt sich, daß die Baukosten für das Quadratmeter Bauplatzfläche von 19,65 Mt. im Jahre 1893 auf 28,70 Mt. im Jahre 1910, also um 200 Prozent, sich erhöht haben, während die Baukosten für das Quadratmeter bebauter Fläche von 138,85 Mt. auf 185,15 Mt., also nur um 33 v. H., stiegen. Durch die ungeheure Steigerung der Grundstückspreise ist der Baukosten gegen früher ganz wesentlich vermindert. Da die Quadratmeter-Baukosten in den Vereinshäusern 1894 nur 3,60 Mt. betrug, hätte die Miete unter alleinigen Einfluß der erhöhten Baukosten nur allerhöchstens um 1,20 Mt. teurer werden dürfen, tatsächlich wurde der Wert aber durch die hohen Bodenpreise gezwungen, 5,82 Mt. zu fordern. Der Einfluß der Bodenpreiserhöhung tritt ganz rein und ungehört hervor, wenn man beachtet, daß unter Ansetz des im Jahre 1893 gehaltenen Bodenpreises die später erworbenen Grundstücke einen Reinertrag von 757 793 Mt. erfordert habe. Legt man die Ertragsberechnung einen Prozentfuß von 5,75 zugrunde, so ergibt sich, daß jährlich 43 573 Mt. mehr zu aufzubringen sind. Das macht für jedes Jahr ein Miets-erhöhung von 271,4 Mt. oder für jede Wohnung eine solche von 33,90 Mt. Daraus sieht man, welche Summen dem Bodenpreis und den Bodenbesitzern in den Mieten geworden werden müssen.

Die Forderung im sozialen und wirtschaftlichen Allgemeininteresse muß deshalb lauten: Befreiung des Grund und Bodens aus den Händen der Bodenbesitzern und Bodenwucherer, denen das Volk Jahr um Jahr so enorme Opfer bringen muß. Und ein Aufruf zum schärfsten Kampf gegen die wucherische Grundstückspekulation wäre fortzuführen, sozialer und gerader gewesen, als der Angriff auf die innerreichen Familien.

### Betriebsöffnung der Volkshäuser.

In den nächsten Tagen beginnt im Bezirk des Gewerkschaftsbezirks Halle die Tätigkeit für das neue Unternehmen. Die Volkshäuser sind gegründet worden, um die breiten Schichten der Bevölkerung aus den Fesseln der großen Gewinne abzulösen. Es besteht nämlich die Möglichkeit, eine Befreiung abzuschließen bei einer Gesellschaft, die keinen Kapitalgewinn erzielen will, nicht die Aktionäre reich macht, keine hohen Vorstandsgehälter und keine Tantiemen an Aufsichtsratsmitglieder gewährt.

Alle Gewinn wird nach Abzug der Verwaltungskosten und der notwendigen Reserven den Versicherten in Form von Gewinnaufteilen wieder zugute kommen.

Die Tarife der Volkshäuser sind die besten günstigsten anderen Privatgesellschaften gegenüber. Diese Versicherergesellschaften versuchen mit allem Hochmut, noch möglichst viel Versicherungen in den Kreisen der Arbeiterklasse abzuschließen, jedoch wird jeder Arbeiter ihre Agenten abweisen. Wer eine

## 1) Geschichte eines Netzen von 1813.

Von Erdmann-Gastrian.

(Rothb. verb.)

Wer nicht Augenzeuge der Geschichte des Kaisers Napoleon in den Jahren 1810, 1811 und 1812 gewesen ist, der wird sich nicht eine Vorstellung davon machen können, bis zu welcher Stufe der Macht ein Mensch emporklimmen kann.

Als er durch die Champagne, Vohringen und den Elß nach Lem, liegen die Leute mitten in der Ernte oder der Weinelese alles stehen und liegen, um ihm entgegenzulaufen. Acht, zehn Weifen meist kamen einige herbei. Die Weiber, Kinder und Greise trugen mit erhabenen Händen auf die Rechte und riefen: „Es lebe der Kaiser! Es lebe der Kaiser! Man hätte meinen sollen, er wäre Gott, er handle der Welt den Lebensodem ein, und wenn er unglücklichweise hätte, müßte alles ein Ende haben. Einige alte Reubitionäre, die den Kopf schüttelten und sich beim Gähnen die Bemerkung erlaubten, der Kaiser könne fallen, galten für Verräter. Das schien gegen die Natur, und man dachte nicht einmal daran.

Als er seit dem Jahre 1804 bei dem alten Ulmerder Mediziner Goulsen in Walsburg in der Lehte. Da ich nämlich schwach gebaut schien und etwas hinkte, hatte meine Mutter mich für ein leichtes Kind bestimmt, als in unterm Dorfe nicht nur, denn in Zangsburg findet man nur Solzhauer, Kochentrenner und Mundstücker. Der Goulsen war nicht sehr. Wir wohnen im ersten Stockwerk des großen Erdhauses am Französischen Tore, dem Nothen Oefen gegenüber.

Wir hätten da die Fürsten, Grafen und Generale, die einen zu Pferde, die andern in Kutschen, noch andere in Berlin, mit trefflichen Leuten, Fieberbüchsen, Pelzmanteln und Öfen aus aller Herren Länder ankommen, und auf der Straße die Kurier, die Statisten, die Fußler und Mueltransporte, die Kanonen, die Propagandagen, die Kavallerie und Infanteriemärsche vorbeiziehen sehen müßten! Welche Zeit! Welch Leben und Treiben!

Der Goulsen war ein Mann. Er besaß Vieh, Oefen, Gäuler und Geld in Hülle und Fülle, denn all diese Leute, die aus Deutschland, aus der Schweiz, aus Rußland, aus Polen oder anderswo herkamen, legten auf ein paar Dämme voll veränderten Geldes kein Gewicht — es waren alle Schellen. Die sie sich gewissermaßen zur Ehre anrechneten, nichts zu sparen.

Von Wozgen bis zum Abend und sogar während der Nacht hielt das Goulsen zum Nothen Oefen offene Tafel. Jüngere der hohen Feinde des Erdhauses sah man nichts als die großen, weißgebedeten, mit glänzendem Silbergeschirr belad-

nen Tische voll Silber, Fisch und andern ausserlesenen Gerichte, vor denen jene Feienden einer neben dem anderen Platz nahmen. In dem großen Hofe hinter dem Hofe sah man die Weiber der Feinde, das Geleise der Postkutsche, das Geleise der Dinstmüge, das Rollen der ankommenen oder abgehenden Wagen der Feinde, das Fortziehen der Feinde, welche Zeit der Feinde und des Goulsens wird dem Goulsen aus dem Hofe sehen nie wieder blühen!

Man sah auch Leute aus der Stadt selbst dort absteigen, Leute, die man gefannt hatte, als sie ihrer Zeit noch trodnes Holz im Walde lüchten oder der Fehderung auf den Straßen zusammenlagerten. Die waren, einer neben dem anderen, in Folge der vielen Kriege in allen Ländern der Welt Kommandeure, Hauptleute, Generale geworden.

Auch der alte Militär mit der über die breiten, haarigen Ohren herabgehangenen, schwarzseidenen Mütze, den schlaffen Augenlidern, der in die große Hornbrille eingeklemmten Nase und den zusammengekniffenen Lippen konnte nicht umhin, zu weilen Lüge und Sticheisen auf den Arbeitstisch zu legen und einen Blick nach dem Goulsen hinüberzuwerfen, besonders wenn die inhallenden Weiffenhande der Postkutsche mit den schwarzen Stiefeln, dem kurzen Rocke und dem roten Hut zum Holz zusammengekniffenen Sandpferde das Echo der Wälle nachhören und einen neuen, vornehmen Mann bestimmet. Dann wurde er aufmerksamer, und dann und wann hörte ich ihn ausrufen:

„Sieh da! das ist ja der Sohn des Dachdeckers Franz, der alten Fridrichs Marianne oder des Buchbinders Jakob Sappell. Der hat sein Glück gemacht.“ Oberst und Baron des Kaiserreiches abendst. Warum heißt er denn nicht bei seinem Vater ab, der da unten in der Kapuzinerstraße wohnt? Wenn er sie aber auf der Straße treten und rechts und links den Leuten, die sie wiedererkennen, die Hände drücken sah, dann veränderte sich sein Gesicht. Er trachtete sich mit dem großen, lattierten Fehderstange die Augen und murmelte: „Was wird die arme alte Marianne für eine Freude haben! Wie barmherzig, das lasse ich mir gefallen. Der ist nicht stolz, das ist ein braver Mann. Wenn ich nur nicht eine Kugel gar zu bald wegkriegt!“

Einige sagen darüber, als ob sie sich ihres Geburtsortes schämen, andere jedoch nicht. Ich habe die Straßen, um eine Schwester oder eine Cousine zu besuchen. Von dem letzteren sprach die ganze Stadt, ganz Walsburg schämte sich sogar seinen ihren Orden und Epaulettes; die ersten aber betrachtete man eher so sehr und sogar noch mehr als zu der Zeit, wo sie die Straße festen.

Zu allmählich wurde wegen irgendeines neuen Sieges ein Teubum gefungen und nach die Annone vor dem Arsenale ihre einundwanzig Schiffe ab, die uns das Herz im Leibe erhaben machten. Während der nächsten acht Tage schwaben dann alle Familien in Angst und Unruhe; besonders die armen

alten Frauen harren auf einen Brief. Sobald der erste eintrug, wachte die ganze Stadt: — „Die und die hat Nachricht von Jacques oder Claude empfangen!“ — und alle liefen hin, um zu erfahren, ob er nichts über ihren Joseph oder ihren Jean-Baptiste mitteilt. Von den Beförderungen und den Beförderungen ist es gar nicht möglich, sie alle aufzuzählen, glaubte aber die Leute, mußten ja ersehen werden, auf die Fehderung aber warteten die Eltern unter heiferen Tränen, denn sie kamen ihnen nicht möglich, manchmal sogar niemals zu, und die armen Alten trödelten sich dann mit dem Gedanten: „Mitleidlich ist unter Junge gefangen.“ Wenn er die Gefangenen ist, wird er zurückkommen. — Wie viele sind zurückgekommen, die man für tot hielt! Aber Friede wurde niemals — war ein Krieg zu Ende, so fing man einen andern an. Es fehlte uns immer etwas, bald von feinen Aufständen, bald von feinen Spaniens, bald anderswo — der Kaiser war nie zufrieden.

Wenn Durckweg der Reimenter, welche den großen Mantel um die Hüften geschlagen, den Fehder auf dem Rücken, das Gewehr nach Weifen auf der Schulter oder im Arm mit den langen, bis zum Knie reichenden Gamaschen, bald selbstgepöbt, bald handgepöbt, schönen Schritte die Stadt passierten, fragte mich Vater Weidner, nachdem er dem Vorübermarsche zugehört hatte, ob ich ganz nachdenke:

„Sag doch, Joseph, wieviel, meinst du, haben wir seit 1804 hier durchkommen sehen?“

„O, ich weiß nicht, Herr Goulsen,“ erwiderte ich. „Mindestens doch vier- bis fünfmal Hunderttausend.“

„Ja... mindereinst!“ entgegnete er. „Und wieviel hast du abgekämpft gesehen?“

„Um genauig ist, was er sagen wollte, und erwiderte: „Weilrecht leben sie über Mainz oder auf einer andern Seebrücke jurid... Es ist nicht anders denkbar!“

Er aber schüttelte den Kopf und sagte: „Zehnjehnte, die du nicht hast zurückkommen sehen, sind gefallen, wie hundert und abermals Hunderttausend andere fallen werden, wenn der liebe Gott nicht Erbarnten mit uns hat, denn der Kaiser liebt nur den Krieg! Um seinen Weidner Kronen zu verschaffen, hat er schon mehr Blut vergossen, als unsere große Revolution getan, um die Weifenrechte zu erringen.“

Wir machten uns wieder an die Arbeit, die Betrachtungen Herr Goulsen aber gab mir sichtlich viel zu denken.

Ich hinter allerdings ein wenig auf dem linken Fuße, aber viele andere, die ebenfalls mit Körpergebrechen behaftet waren, hatten befehen, und die Wurzeln erhaltend. Ich sah, wenn ich nicht anders nichts zu tun hatte, wenn ich lange daran dachte, wurde ich recht befehen, nicht über. Dergleichen schien mir sichtlich, nicht allein, weil ich den Krieg nicht liebte, sondern auch, weil ich mich mit meiner Cousine Katherine aus Biertrinken besetzten sah.



